



FRAGE

Trotz guter Konjunktur, hoher Beschäftigung und expansiver Geldpolitik steigen die Preise in den USA und der Eurozone kaum. Notenbanker wie Fed-Chefin Janet Yellen sprechen angesichts anhaltend niedriger Inflationsraten von einem „Rätsel“. Welchen Einfluss haben die folgenden Faktoren Ihrer Ansicht nach derzeit auf die Inflationsrate?

Die EZB verfolgt laut EU-Vertrag das Ziel, die Inflationsrate auf mittlere Sicht bei knapp zwei Prozent zu halten. Soll dieses Inflationsziel beibehalten werden?

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Eine Absenkung ermöglicht einen raschen Kurswechsel der EZB und Zinserhöhungen; bei einer Digitalisierung/4.0 gelten die alten Argumente für die 2 v.H. immer weniger. Die wegen einer erwarteten neuen Finanzkrise schon zirkulierende Idee einer Anhebung auf 4 Prozent ist unsinnig.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Zur Stabilisierung der Inflationserwartungen sollte das bisherige Inflationsziel beibehalten werden. Jede Änderung erweckt bei den Marktteilnehmern eine Diskussion über weitere Zieländerungen.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Die EZB sollte zumindest kritisch prüfen, ob unter den Bedingungen der digitalen Wirtschaft das Zielniveau für die Inflation nach unten anzupassen ist.

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

2% ist zu niedrig. Aber aus Gründen der Glaubwürdigkeit verbietet sich eine Erhöhung.

Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Es wäre sinnvoll, das Problem der angemessenen Inflationsrate neu zu durchdenken und dabei auch die Entwicklung der Vermögenspreise und die Wechselwirkung von Konsumentenpreisen und Vermögenspreisen zu untersuchen.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Gesamtwirtschaftlich betrachtet ist eine niedrigere Inflationsrate besser als eine höhere. Die Geldpolitik kann die Faktoren, die derzeit und wohl auch künftig auf eine eher niedrigere Inflationsrate hinwirken (globalisierter Wettbewerb, Online-Handel, virtuelle Güter, Sharing-Dienste) nicht direkt beeinflussen. Das sieht die EZB auch so (Wirtschaftsbericht der EZB, Ausgabe 4/2017). Trotzdem sollte es bei dem offiziellen Inflationsziel bleiben, um nicht Irritationen auf den Märkten auszulösen.



Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Ja, man sollte das Ziel beibehalten; allerdings nicht als dogmatisches Ziel, sondern als sinnvoller Rahmen für die Geldmengensteuerung

Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Makroökonomik und Leiter des Instituts für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Leipzig:

So kann mittelfristig die fast Null Inflation überwunden werden

Dr. Thomas Gitzel Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Wir werden sicherlich nicht dauerhaft ein Niedriginflationsumfeld haben. Der demografische Wandel wird die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer deutlich stärken, was sich dann in höheren Löhnen und höherer Inflation niederschlagen sollte.

Prof. Dr. Volker Nitsch Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, TU Darmstadt:

Der EU-Vertrag legt nur die Gewährleistung von Preisniveaustabilität als vorrangiges Ziel des Eurosystems fest; die quantitative Definition geht auf den EZB-Rat zurück, der sie zuletzt 2003 spezifiziert hat. Aktuell besteht für eine neuerliche Anpassung kein Anlass. Eine Lockerung, z.B. durch Einführung eines weiter gefassten Zielkorridors, wäre der Glaubwürdigkeit und Transparenz der EZB-Geldpolitik nicht zuträglich.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

jedes starre Ziel erscheint vermessen

Prof. Dr. Ansgar Belke Forschungsdirektor Internationale Makroökonomie am DIW Berlin sowie Direktor des Instituts für Betriebswirtschaft und Volkswirtschaft (IBES), Universität Duisburg-Essen:

Die gleichgewichtige Arbeitslosenrate ist trendmäßig gesunken. Die Wahrscheinlichkeit eines (güterpreis-)inflationfreien Wachstums hat zugenommen. Warum sollte man dann nicht ein niedrigeres Inflationsziel anstreben? Eine naheliegende Alternative wäre es, die Vermögenspreisinflation stärker einzubeziehen und bei einem 2%-Ziel zu bleiben.

Dr. Dirk Ehnts Vertretungsprofessor für European Economics, Universität Flensburg:

Das Inflationsziel sollte durch ein Vollbeschäftigungsziel ergänzt werden. Allerdings ist die Fiskalpolitik in der Eurozone der Hauptverursacher der niedrigen Inflation. Durch die zu geringe staatliche Nachfrage ist der Arbeitsmarkt schwach, Gewerkschaften schwach und daher Lohnsteigerungen zu gering.

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Es sollte allerdings ergänzt werden, indem man auch die Kredit- und Geldexpansion sowie die Vermögenspreise beobachtet. Eine Neu-Ausrichtung der zweiten Säule wäre wichtig.



Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Es hat sich gezeigt, dass auch niedrige Inflationsraten nahe Null nicht notwendigerweise zu rezessiven Entwicklungen führen. Das Inflationsziel sollte auf „nahe bei, aber nicht unter Null“ gesenkt werden. Dass es trotz expansiver Geldpolitik kaum Inflation gibt, lässt sich leicht durch die gestiegene Liquiditätsnachfrage erklären. Diese wiederum ist Folge der niedrigen Zinsen, da dadurch die Opportunitätskosten der Liquiditätshaltung sinken. In meinem aktuellen Buch „Capital, Interest, and Money“ kann ich modelltheoretisch zeigen, dass dieser deflationäre Effekt den inflationären Effekt der Geldmengenausweitung durchaus kompensieren oder sogar überkompensieren kann. Es handelt sich also nicht um ein Rätsel, man muss nur die Geldnachfrage konsequent mikroökonomisch fundieren.

Volker Hofmann Direktor, Wirtschaftspolitik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Ziel beibehalten, aber nicht, wie in den letzten Jahren von vielen EZB-Vertretern gemacht, als „Punktziel“ von 1,9 % auslegen, das am besten sogar noch innerhalb des Prognosezeitraums von eineinhalb bis zwei Jahren erreicht werden soll. Die Zielformulierung von „unter, aber nahe bei 2 %“ sowie „in der mittleren Frist“ bietet der EZB hinreichend Spielraum für die „Feinsteuerung“, der auch genutzt werden muss.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Eine Absenkung wäre ein Schock für die Erwartungsbildung an den Finanzmärkten. Außerdem ist eine moderate Inflation sehr hilfreich für immer wieder notwendige reale Kürzungen bestimmter Löhne und Transfers.

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

... ein Inflationskorridor wäre eher angemessen, z.B. 1-3%.

FRAGE

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat sich für eine gesetzliche Regelung zur Zuwanderung ausgesprochen, also ein Einwanderungsgesetz, wie es klassische Einwanderungsländer wie Kanada, Australien oder Neuseeland haben. Wie Zuwanderungsregeln für Fachkräfte konkret aussehen könnten, ist umstritten. Das Thema dürfte auch in den anstehenden Gesprächen über die Bildung einer Bundesregierung eine wichtige Rolle einnehmen. Diskutiert wird beispielsweise über ein Punktesystem, um den Zuzug von qualifizierten Arbeitskräften zu steuern. Sollte auch in Deutschland ein Einwanderungsgesetz als Regelung für die Zuwanderung geschaffen werden?

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Zuwanderung sollte u.a. auch für fortgeschrittene Studenten möglich sein (also ohne Arbeitsangebot) und bei „Älteren“ nur mit Arbeitsangebot. Das Alter ist zu berücksichtigen (i.d.R. nicht älter als 50 J) - ohne unmittelbaren Familiennachzug (erst nach 2 Jahren erfolgreicher beruflicher Tätigkeit). Keine Vorstrafen und dergl. Motivationsschreiben



Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

Zusätzlich ist eine quantitative Beschränkung erforderlich

Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Wenn Zuwanderung nicht nur dazu dienen soll, einen punktuellen - auch von der Wirtschaft mit verursachten - Arbeitskräftemangel zu mildern, sondern als Maßnahme, um das langfristige demographische Problem zu lösen, dann braucht man vor allem junge, gebildete Zuwanderung und deren Kleinkinder, damit die Integration so früh wie möglich beginnen kann.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Mit einem guten Einwanderungsgesetz, das die Zuwanderung quantitativ und qualitativ steuert, lassen sich Herausforderungen am Arbeitsmarkt (konkrete Arbeitskräftelücken) wirksam begegnen und die wirtschaftliche und gesellschaftliche Integration auch einer großen Anzahl von Zuwanderern einigermaßen friktionsfrei bewerkstelligen. Wünschenswert wäre wegen der Personen-Freizügigkeit in der EU eine europaweit einheitliche Regelung. Von dem Einwanderungsgesetz nicht betroffen wären zum einen politisch Verfolgte, für die das Asylrecht gelten muss, und zum anderen Menschen, die aus Kriegsgebieten fliehen, denen aus humanitären Gründen eine temporäre Aufnahme gewährt werden kann.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Es geht dabei vor allem auch darum, dass Deutschland „lernt“, mit Zuwanderung und Integration umzugehen. Ein Gesetz würde hoffentlich die Aufmerksamkeit ein wenig weg von Obergrenzen hin zur Frage der Integration, den Rechten und Pflichten der ImmigrantInnen und den Pflichten der Bundesrepublik wenden.

Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Makroökonomik und Leiter des Instituts für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Leipzig:

Ein hochindustrialisiertes Land, mit abnehmender Bevölkerung, mit verstärkter Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften braucht eine gesetzliche Regelung der Einwanderung.

Prof. Dr. Harald Hagemann Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, Universität Hohenheim:

Seit Jahrzehnten überfällig

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

siehe Kanada

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Integrationsbereitschaft, Heiratswahrscheinlichkeit mit Inländern



Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Solche Regelungen werden allerdings kaum die „abenteuermotivierte“ Migration der jungen arabisch-nordafrikanischen Migranten verringern.

Dr. Dirk Ehnts Vertretungsprofessor für European Economics, Universität Flensburg:

Bei der hohen Anzahl von Stellen im prekären Bereich, befristeten und halben Stellen erscheint es zweifelhaft, dass deutsche Unternehmen auf Zuwanderung angewiesen sind.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Vor allem jede Art von illegaler Zuwanderung sollte unterbunden bzw. mit dem Verlust jeglichen Anspruchs auf ein Bleiberecht sanktioniert werden. Familiennachzug sollte nur dann erlaubt werden, wenn der eigenständige Unterhalt gewährleistet ist.

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Wichtig wäre, dass die Zuwanderung nicht auf hochqualifizierte beschränkt wird. Deutschland wird in Zukunft auch motivierte Immigranten am unteren Ende der Lohnskala brauchen.

FRAGE

Hat sich Ihre Einschätzung der konjunkturellen Lage im letzten Monat verändert?

Prof. Dr. Michael Frenkel Lehrstuhl für Makroökonomik, WHU – Otto Beisheim School of Management:

Nein

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Eher noch optimistischer.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:
verbessert

Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Ja.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Nein, der Konjunkturaufschwung ist robust.



Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Nein.

Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Makroökonomik und Leiter des Instituts für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Leipzig:

Ja und zwar hat sich positiv verändert

Prof. Dr. Harald Hagemann Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, Universität Hohenheim:

Nein

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

verbessert

Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Nein

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

ja

Prof. Dr. Ansgar Belke Forschungsdirektor Internationale Makroökonomie am DIW Berlin sowie Direktor des Instituts für Betriebswirtschaft und Volkswirtschaft (IBES), Universität Duisburg-Essen:

Nein.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Nein

Prof. Dr. Rolf Walter Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Nein

Prof. Dr. Björn Frank Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Kassel:

nein

Prof. Dr. Vincenz Timmermann Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre II, insb. Geldtheorie, Universität Hamburg:

Nei



Dr. Jochen Intelmann Chefvolkswirt, Hamburger Sparkasse Private Banking/Analyse:

nein

Prof. Dr. Alfred Greiner Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Universität Bielefeld:

nein

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

nein

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Besser als erwartet.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

nein

Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Gesundheitsökonomie, Technische Universität Berlin:

nein

Prof. Dr. Karl Mosler Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, Universität zu Köln:

nein

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

nein

Prof. Dr. David Stadelmann Professur für Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Entwicklungsökonomik, Universität Bayreuth:

nein

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

kaum

Volker Hofmann Direktor, Wirtschaftspolitik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

unverändert

Prof. Dr. Laszlo Goerke Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Eberhard Karls Universität Tübingen:

leicht positiver



PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Ja, weiter verbessert.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

nein

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

leicht besser